

Einzelpreis
90 Groschen
Im Wochen-
abonnement 5 S
Im Monats-
abonnement 20 S
auch per Post
Redaktion u. Ver-
waltung: Wien 5,
Rechte Wienzeile
Nr. 97, Tel. B.29-510
Anzeigenannahme
Wien 5, Rechte
Wienzeile Nr. 93

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs

Eigentümer: Sozialistische Partei Österreichs, Wien 1, Löwelstraße 18. Verleger: v. Horngasser, Sozialistischer Verlag G.m.b.H., Chefredakteur: Dr. Oscar Pollak. Verantwortlicher Redakteur: Richard Kurfürst. Alle Wien 5, Rechte Wienzeile 97, Tel. B.29-510. Druck: "Vorwärts" Wien 5, Rechte Wienzeile 97

Nummer 235 Wien, Samstag, 9. Oktober 1954 Gegründet 1889

Warum nicht Truppenabzug aus Österreich? Blick auf die OeVP.

Innenminister Helmer sprach in einer Versammlung in Favoriten über aktuelle politische Fragen. In diesem Zusammenhang sagte er: Außenminister Molotow hat jetzt den Westmächten den Abzug aller Besatzungstruppen aus ganz Deutschland vorgeschlagen. Die freie Welt glaubt aber nicht mehr an den Ernst russischer Vorschläge, denn sie ist nur zu oft enttäuscht worden.

Osterreich ist das beste Beispiel hierfür. In dem nun schon Jahre dauernden Kampf um unsere Freiheit haben wir schon viele feierliche Versprechungen und viele schöne Reden über den Frieden gehört. Aber die russischen Reden ständen und stehen in Widerspruch zu den russischen Taten.

Die russischen Einmischungen in den Wahlkampf

Das erleben wir auch jetzt wieder während der Wahlbewegung. Nach den österreichi-

sehen Gesetzen sind Wahlversammlungen weder anmeldepflichtig noch kann eine Versammlung einer wahlwerbenden Partei verboten werden. Doch darum kümmern sich die russischen Kommandanturen nicht.

Polizei und Gendarmerie werden von den russischen Kommandanturen beauftragt, Versammlungen zu verbieten und Plakate der wahlwerbenden Parteien zu besorgen, die den Kommandanten nicht passen.

Diese Anordnungen der Kommandanturen zu Bütteldiensten sind genau so zurückzuweisen, wie eine Anordnung der Kommandantur Allensteig, die österreichischen Exekutivorganen die Gruppität gegenüber dem Sowjetmilitär auferlegen wollte.

In einer Zeit in der sich alle Kolonialvölker ihrer Bedrücker entledigen, empfinden wir diese tägliche Willkür und Bedrückung und die Verschleppung von Zivilpersonen als Herausforderung. Wie lange

soll dieser Zustand der Unfreiheit in unserem Land noch dauern? Wie lange soll unser Volk noch auf die Einlösung der feierlich gegebenen Versprechen warten?

Gerade jetzt, da Molotow den Abzug aller Besatzungstruppen aus ganz Deutschland vorschlägt, haben wir nur den einen Wunsch, daß man mit dem Truppenabzug aus Österreich anfängt.

Der Abzug soll sich aber nicht so vollziehen, wie es gewisse Kreise wollen, nämlich, daß der Sowjetunion als Gegenleistung für den Abzug ihrer Truppen militärische Stützpunkte in der von ihr besetzten Zone eingeräumt werden. Wer sind denn eigentlich die Herrschaften, die den Russen Stützpunkte einräumen wollen? Welches Interesse haben sie, die Bevölkerung der russisch besetzten Zone durch solche Empfehlungen zu beunruhigen?

Sie fühlen sich betroffen

Vor kurzem hat Herr Maleks, der Generalsekretär der ÖVP, sich öffentlich darüber beklagt, daß die Sozialisten den Wahlkampf „mit auffälliger Zurückhaltung“ führen: Wir schimpfen ihm also zuwenig! Auf der gleichen Linie wahrhaft seltsamer Vorwürfe liegt eine Polemik des „Kleinen Volksblattes“ der ÖVP, das sich erbittert gegen etwas wendet, was die Arbeiter-Zeitung — nicht geschrieben hat, und aus demselben einen schweren Vorwurf macht. Das muß man im Wortlaut genießen:

Bürgerliche Kreise, sagt die Arbeiter-Zeitung, wollen Niederösterreich opfern. Wenn ihr also (das sagt sie nicht, aber man sieht sie förmlich mit treuerzigem Gesicht und erhabenem Zeigefinger vor den niederösterreichischen Wählern stehen) die Freiheit behalten wollt, wenn ihr sicher sein wollt, daß Niederösterreich nicht irgendwelchen dunklen Plänen geopfert wird, dann müßt ihr sozialistisch wählen.

Es handelt sich um die Äußerungen des Vizekanzlers Dr. Schärff über die in bürgerlichen Blättern erörterte Absicht, den Russen dauernde militärische Stützpunkte in Niederösterreich oder im Burgenland einzuräumen oder anzudeuten, die die Arbeiter-Zeitung Mittwoch, zusammen mit einer durchaus ablehnenden Äußerung des Bundeskanzlers Raab zu dem gleichen Gegenstand, veröffentlicht hat. Das „Kleine Volksblatt“ hat, im Gegensatz zu uns, seinen Lesern die Äußerungen Dr. Schärffs nicht mitgeteilt, hat aber die Unverschämtheit — wieder im Gegensatz zu unserer „Zurückhaltung“ — sie als „hinterhältig“ zu bezeichnen. Der Vizekanzler hat, auf bürgerliche Zeitungen verweisend, von jenen bürgerlichen Kreisen in Österreich, vornehmlich im westlichen Österreich, gesprochen, die bereit sind und schon immer bereit waren, Niederösterreich an die Russen zu verkaufen. Er hat die ÖVP gar nicht genannt. Er hat gar nicht auf die Russengeschäfte des Herrn Müller, ÖVP-Landesrates in Niederösterreich, angespielt. Aber die ÖVP fühlt sich, wie man sieht, sehr betroffen! Warum wohl?

Wie wird das Pariser Parlament entscheiden?

Die Debatte über das Londoner Abkommen

Paris. Die französische Nationalversammlung setzte Freitag die Debatte über die Ergebnisse der Londoner Konferenz in drei Sitzungen vormittags, nachmittags und abends fort.

Man rechnete am Freitag damit, daß die Politik der Regierung Mendès-France und damit das Londoner Abkommen grundsätzlich gebilligt werden würde, obwohl die Haltung der einzelnen Parteien noch nicht völlig klar war.

In der Debatte forderte der Radikale Bourgeois-Ministère die Nationalversammlung auf, den Ministerpräsidenten zu unterstützen. Bourgeois-Ministère, ein Anhänger des Europa-Armees-Abkommens, der seine Stelle als Handelsminister in der Regierung Mendès-France niedersetzte, als Mendès-France in der Frage der Europa-Armees eine neutrale Haltung einnahm, erklärte, das Londoner Abkommen enthalte die besten Bedingungen, auf die Frankreich nach Ablehnung der Europa-Armees hoffen könne. Er verlangte aber, das Saarpfand müsse geregelt werden, bevor ein endgültiges Abkommen unterzeichnet werden könne.

Die „richtige Portion“ — für die Gaullisten

Im Namen der abgespaltenen Gruppe der Gaullisten sprach sich der Abgeordnete Soustelle für die „richtige Portion“ über „nationalität“ aus, die in dem Londoner Abkommen enthalten sei. Dies sei einer völligen Zusammenfassung, die stets gefährlich schien, vorzuziehen. Er betonte aber, daß die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion unerlässlich sei, bevor man zulassen könne, daß die deutsche Wehrmacht wieder durch die Straßen marschiere. Man solle die Tür für Verhandlungen mit Rußland offenlassen.

Schuman hat Bedenken

Der ehemalige Außenminister Robert Schuman (Katholischer Demokrat), einer der Förderer des Europa-Armees-Gedankens, befaßte sich in seiner Rede mit den möglichen Folgen einer Wiedervereinigung Deutschlands. Was wird in diesem Fall, fragte Schuman aus dem Londoner Abkommen werden? Schuman nannte das englische Versprechen, Streitkräfte auf dem europäischen Kontinent zu belassen, einen Fortschritt und eine Garantie. Man dürfe aber ihre Tragweite nicht überschätzen.

Die Katholischen Demokraten bedingt

Als Vertreter der Katholischen Demokraten (der Partei Bildau), die immer für die Europa-Armees war, erklärte Teilhard, er sei bereit, seinen Stein zur Errichtung des in London geplanten Gebäudes unter der Bedingung beizutragen, daß die Regierung den in der Debatte zum Ausdruck gebrachten Bedenken Rechnung trägt. Auch er forderte ein Verbot eines deutschen Generalstabes.

(Nach den Londoner Vereinbarungen soll Westdeutschland eine eigene Armee mit einem eigenen Generalstab haben. Mendès-France hat bis jetzt erklärt, daß er keine Bedingungen annehmen könne, die die weiteren Verhandlungen erschweren.)

Mollet für die europäische Vereinigung

Als Vertreter der sozialistischen Fraktion bestimmte Guy Mollet, es gäbe keine Unvereinbarkeit der Abkommen von London mit den

Friedensbemühungen. Die Sowjetunion habe solange keinen Grund zu verhandeln, als sie sich einem Staatenmosaik gegenüber sehe, dessen Schwäche sie auszunutzen könne. Unter dem Beifall der Nationalversammlung fuhr Mollet fort: Der einzige Weg ist der eines doppelten Kampfes. Erstens müssen wir die kollektive Sicherheit und die Europäische Union organisieren und zweitens ohne Unterlaß verhandeln, um zu einer Regelung der uns trennenden Probleme sowie zu einer Abrüstung zu gelangen.

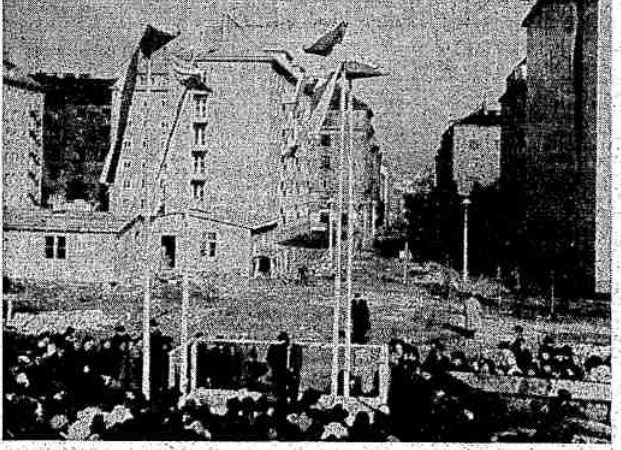
Mollet richtete sodann an die Demokraten Deutschlands die Frage: ob sie auch bereit wären, eine europäische Zusammenfassung zu akzeptieren, die die Wiedererrichtung eines deutschen Generalstabes ermögliche. Und werden wir, fragte Mollet, die Verantwortung dafür übernehmen, daß die deutschen Demokraten in ein Abenteuer getrieben werden? Es ist notwendig, daß Deutschland und die anderen westeuropäischen Länder zusammengefaßt werden.

Der Dechler des Herrn Polcar

Die üble Blase der von der ÖVP gegründeten „Radikalen Sozialistischen Arbeiterbewegung“, die mit Gestank gepflastert ist — ihre eigenen „Bundesvorstandsmitglieder“ haben den ganzen Dreck zur Polizei getragen — ist wohl das graulichste Beispiel eines abgespaltenen Wahlschlagers, das einer Partei passieren kann; noch dazu einer, die wie die ÖVP offiziell und öffentlich versprochen hat, den Wahlkampf fair zu führen und keine kostspielige Wahlpropaganda zu betreiben. Denn, man erinnert sich, diese Mißgeburt einer pseudo-sozialistischen Partei war eine der drei „Geheimwaffen“, die in der Wiener Landesleitung der ÖVP zu fabricieren beschlossen und finanziert wurden; Herr Polcar wird das nun nicht mehr zu bestreiten wagen — es liegt ja „aktenmäßig“ in den Aussagen der Beteiligten vor. Gegen den Drahtzieher der ganzen Sache, den Herrn Dechler, ist, wie wir erfahren, unter den gegenseitigen Beschuldigungen dieser Konsorten der unsauberen Hände nun auch eine Strafanzeige wegen Erpressung erstattet worden: mit solchen Mitteln hat er nämlich die „führenden“ Mitglieder dieser Partei geworben. Aber der Herr Dechler war bei alledem der Mann des Herrn Polcar, des Landeskommandanten der ÖVP. In Wien — auch wenn Polcar das nun abstreift, so wie er seine Verbindung mit dem zwei Stadelbrochüren verlegte, zu deren Vertrieb, wie man jetzt weiß, auch die seine Dechler-Partei engagiert war. Wie wenig von Zeugnissen des Herrn Polcar zu halten ist, hat ja schon ein Gericht festgestellt. Vielleicht findet sich in dieser Partei doch noch ein Mensch mit Schamgefühl, der den Herrn Polcar fragt, wessen Geld es eigentlich ist, das er auf solche Weise, für solche „Wahlpropaganda“ hinausgeworfen hat. Und es gibt noch mehr solcher Unternehmungen, es gibt auch noch mehr solcher Gehilfen, die nicht Angehörige der ÖVP sind, wie sich Herr Polcar und die Dechler ausreden möchte, vielleicht nicht einmal ihre Mitglieder. Eine ähnliche Frage ist der Herr Milk, der durch alle

Ein Turm des neuen Wien

Spatenstich zum ersten Gemeinde-Wohnhochhaus



Georgen hat Stadtrat Thaller den ersten Spatenstich zum ersten Hochhaus der Gemeinde Wien vorgenommen

Freitag früh begann auf dem Gelände des ehemaligen Heu- und Strohmärktes nächst dem Matzleinsdorfer Platz, auf dem die Gemeinde Wien bereits rund tausend neue Wohnungen fertiggestellt hat, der Grundausbau für das erste städtische Wohnhochhaus. Stadtrat Thaller wurde von den Bauarbeitern eingeladen, den ersten Spatenstich durchzuführen. Er beglückwünschte in einer kurzen Ansprache die Baufirma, die Wibebo, und deren Arbeiter zu diesem schönen Auftrag, der nun, nachdem die Techniker alle Untersuchungen und Vorbereitungen abgeschlossen haben, baureif geworden ist.

Das zwanzigstöckige Hochhaus mit insgesamt 106 Wohnungen wird das Zentrum

der bereits errichteten großen Wohnhausanlage bilden und eine Zierde Margareten werden.

Mit der Fertigstellung dieses letzten Baues auf dem Heu- und Strohmärkte wird auch die letzte große Baublöcke entlang der Gürtelstraße geschlossen sein.

Wenige Minuten nach dem ersten Spatenstich behielten sich die mächtigen Greifer der Baggers in das Gelände und die ersten mit frischer Erde beladenen Autos setzten sich in Bewegung.

Spendet für den Wahlfonds der Sozialistischen Partei Österreichs

Die niedrigen Löhne der westdeutschen Arbeiter

Frankfurt. Der Wirtschaftssachverständige des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Doktor Agartz, bezeichnete auf dem Kongreß des Gewerkschaftsbundes die Lohnbewegungen der letzten Zeit als eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, die sich unter anderem daraus ergebe, daß etwa 90 Prozent aller Berufstätigen ein Bruttosinkommen unter 400 D-Mark haben und der deutsche Industriearbeiter mit der Kaufkraft seines Lohnes an letzter Stelle von sechzehn westlichen Ländern steht. Die Lage der arbeitenden Massen sofort, umfassend und fortschreitend zu verbessern, sei die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, Agartz erklärte ferner, daß die Gewerkschaften nicht nur über das Vordringen fascistischer Elemente in Verwaltung und Politik, sondern auch darüber besorgt sind, daß die gleiche Entwicklung in vielleicht noch stärkerem Umfang in der Wirtschaft stattgefunden hat.